



**BAG
K+R**

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHEN + RECHTSSTIFTUNGEN

**IMPULSE FÜR DEN UMGANG MIT
RECHTSPOPULISMUS IM KIRCHLICHEN RAUM**

Impressum:

V.i.S.d.P.:

Dr. Christian Staffa, Sprecher*innenrat der BAG K+R
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
www.bagkr.de

Redaktionsteam:

Dr. Petra Schickert, Dr. Christian Staffa, Katja Teich, Henning Flad, Natascha Gillenberg

Gestaltung: ultramarinrot

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2020

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Autor*innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber*innen gestattet.

Die BAG K+R ist ein Projekt von Aktion Sühnezeichen e.V. und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

**BAG
K+R**
BUNDESGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSXTREMISMUS

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

INHALT

5	Vorwort
6	Rechte Raumgewinne und Kämpfe um Deutungshoheit – Rechtspopulismus und die „Neue Rechte“ im Überblick
16	»Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft der Liebe und der Besonnenheit.« Zum Umgang mit Rechtspopulist*innen in der Gemeinde
24	Rahmenbedingungen für gelingende Kommunikation – Erfahrungen aus der Beratungs- und Gemeindepraxis
37	Literaturempfehlungen Empfehlungen für Beratung und Begleitung

**MENSCHEN-
FEINDLICHKEIT
SCHADET
DER
SEELE.**

Ein feste Burg ist unser Gott ein Gu

VORWORT

Was ist eigentlich Rechtspopulismus? Und welche ideologischen Elemente werden auf welchem Wege verbreitet? Und was hat es mit der selbsternannten »Neuen Rechten« auf sich – welche Strategien und welche Akteur*innen lassen sich ausmachen?

Die vorliegende Handreichung gibt zu diesen Fragen einen aktualisierten Überblick ebenso wie Impulse für eine gelingende Auseinandersetzung im kirchlichen Raum. Dafür ist es entscheidend, eine eigene Haltung zu den menschenverachtenden Aussagen des Rechtspopulismus und der »Neuen Rechten« zu gewinnen. Als Christ*innen können wir uns hier auf die Botschaft des Evangeliums und das Wirken Jesu berufen, wie auch auf die Heilige Schrift im Ganzen, die die Geschichte des Volkes Israel mit einschließt und so reichhaltige Impulse zum Umgang mit Gewalt, Vereinfachungen und produktiver Mehrdeutigkeit bereit hält.

Wir sind als Christ*innen und Kirche dazu aufgerufen, die Botschaft des Evangeliums in unserem Leben wirksam werden zu lassen. Wenn wir das persönliche Gespräch suchen, sollte es

darum gehen, Anknüpfungspunkte und Resonanzfelder für die biblische Botschaft der Nächstenliebe zu finden, die jedem Menschen gilt, ungeachtet seiner Herkunft. Zugleich muss deutlich werden, dass eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in keiner Weise mit dem Evangelium zu vereinbaren ist.

Dennoch ergibt sich eine produktive Kommunikation nicht einfach durch eine Lektüre der Bibel, ebenso wenig wie allein durch das Wissen um bestimmte Strategien und Hintergründe rechtspopulistischer Bilder und Akteur*innen. Diesen Eindruck wollen wir mit dieser Handreichung nicht wecken. Vielmehr wollen wir zu Mut bei gleichzeitigem Realismus, zu Selbstbewusstsein und gleichzeitiger Suchbewegung, zu Grenzziehung und Offenheit inspirieren. Für eine solche Inspiration haben wir hier Hintergründe zu rechtspopulistischen Gedankenwelten, biblisch-theologische Zugänge und Hinweise für einen gelingenden Umgang in der Gemeindepraxis versammelt. Dafür haben wir uns an ihren Erfahrungen und in den Gemeinden formulierte Bedarfe orientiert und sie in unsere Handreichung einfließen lassen.

KAPITEL 1
**RECHTE RAUMGEWINNE UND KÄMPFE
UM DEUTUNGSHOHEIT – RECHTSPOPULISMUS
UND DIE »NEUE RECHTE« IM ÜBERBLICK**

Der Rechtspopulismus hat in den vergangenen Jahren die öffentliche Debatte, das menschliche Miteinander und auch die konkrete Politik tiefgreifend verändert. Rechtspopulistische Akteur*innen, ihre Strategien und Narrative sind besonders sichtbar und hörbar geworden.

Nicht zuletzt die zahlreichen Pegida-Aufmärsche (vor allem 2015/2016) und der Einzug der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in Landesparlamente (ab 2014) und schließlich sogar den Bundestag (2017) haben rechtspopulistische Ideologien und Akteur*innen in die breite Öffentlichkeit gebracht. Auch über das Internet und die sozialen Medien finden sie starke Verbreitung.

Rechtspopulismus spiegelt dabei bereits bestehende demokratiefeindliche und autoritäre Einstellungen und Stimmungen in der Mitte der Gesellschaft, wie zahlreiche Studien der letzten 20 Jahre belegen. Diese greift er auf und verstärkt sie.

Teil einer sozialen Bewegung

Der Rechtspopulismus ist dabei Teil einer neuen sozialen Bewegung von rechts geworden, die viele weitere extrem rechte und neurechte Akteur*innen und Gruppierungen umfasst. Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Bewegung ist nicht formell bestimmt, zum Beispiel über Mitgliedbeiträge oder gemeinsam geplante

Aktionen. Vielmehr schließen sich die unterschiedlichen Akteur*innen über gemeinsame Ideen zusammen. Auf diesem Wege können sie ganz unterschiedliche Ziele und Zielgruppen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Mitteln erreichen. Diese Vielfalt und zunehmende Vernetzung macht die soziale Bewegung besonders flexibel und weitet ihre Einflussmöglichkeiten aus.

Götz Kubitschek, Verleger und Mitbegründer des so genannten »Instituts für Staatspolitik« (IfS), einer neurechten Bildungseinrichtung in Sachsen-Anhalt, beschreibt das Zusammenspiel so: »Das Milieu besteht aus Partei, Milieu-Medien, vopolitischen Initiativen und aktivistischen Initiativen. Das ist wie bei einer fröhlichen Regatta, die Kriegsschiffe fahren nebeneinander her und man winkt sich von der Brücke aus zu.«

Eindruck rechter Raumgewinne und Zunahme von Gewalt

Rechte Akteur*innen versuchen auf vielfältige Weise, Raum und Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dazu gehören regelmäßige Rechtsrockkonzerte und Kampfsportevents wie in Thamar und Ostritz, die Tausende anziehen. Eine wichtige Rolle spielen auch von neonazistischen Gruppierungen und extrem rechten Parteien organisierte Demonstrationen, wie beispielsweise die Solidaritätsbekundungen mit der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck.

Rassistische, antisemitische und zum Teil frauenfeindlich motivierte Gewalttaten haben deutlich zugenommen. Ein besonders brutales Ausmaß hatte die Mordserie (2000–2006) der rechtsextremen Terrorgruppe des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), der nach jetzigem Kenntnisstand mindestens neun Einwanderer und eine Polizistin zum Opfer fielen. Hinzu kommen Attentate auf Politiker*innen wie das auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (SPD) (2015), die verletzt überlebte, und die Ermordung des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) (2019). Der tödliche Anschlag auf neun überwiegend junge Menschen mit Migrationsgeschichte am Olympia-Einkaufszentrum in München (2016), der versuchte Massenmord in der Synagoge von Halle (2019) und der Terroranschlag in Hanau (2020), dem zehn Menschen zum Opfer fielen, machen deutlich, welche Gewalt rassistische und antisemitische Hetze auslösen kann.

Der Kampf um Deutungshoheit – Strategien der »Neuen Rechten«

Zunehmend erfolgreich ist das Netzwerk der »Neuen Rechten« damit, Grundgedanken des Rassismus, des völkischen Nationalismus' und des Autoritarismus' in der gesellschaftlichen Debatte zu etablieren. Dies gelingt zum Beispiel über Publikationen des Antaios-Verlags von Götz Kubitschek. Aber auch mit öffent-

lichkeitswirksamen Kampagnen und Aktionen sorgt das Netzwerk für Aufmerksamkeit und versucht, die mediale und gesellschaftliche Debatte zu bestimmen.

Die »Neue Rechte« beschreibt ihre Strategie als »Kampf um die Köpfe«; sie spricht von »Metapolitik« und vom »Kulturkampf von rechts«. Die Idee dahinter: Dem politischen Wandel muss ein kultureller Wandel vorausgehen. Um Wahlerfolge einer rechten Partei oder gar große gesellschaftspolitische Umbrüche und Revolutionen zu ermöglichen, müssen die entsprechenden ideologischen Überzeugungen bereits in den öffentlichen Debatten verankert sein. Es geht daher darum, politische Themen ideologisch zu beeinflussen und sie nach Möglichkeit sogar selbst zu setzen. Rechte Deutungsangebote sollen »normal« und selbstverständlich werden.

Zugleich stellt die »Neue Rechte« das pluralistisch-liberale, repräsentative, demokratische Parteiensystem ganz grundsätzlich in Frage. Publizistische Aktivitäten und Diskussionen bewegen sich dabei an der Grenze von Konservativismus und Rechtsextremismus, geben sich intellektuell und staatstheoretisch. Neue Strategien konzentrieren damit sich vor allem auf den Versuch, Elitendiskurse zu prägen, um kulturelle Deutungsmacht von rechts zu erlangen. Karlheinz Weißmann, prominenter Publizist und Wegbereiter der »Neuen Rechten« in Deutschland, schreibt schon 2001 in der Jungen Freiheit: »[E]s geht um Ein-

Die »Neue Rechte«

Als »Neue Rechte« bezeichnet sich eine geistige und politische Strömung, die die intellektuelle Erneuerung rechter Ideen verfolgt. Sie grenzt sich dabei zwar vom historischen Nationalsozialismus ab, stützt sich aber auf das Gedankengut der antidemokratischen Kräfte der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik und vertritt viele extrem rechte Ideologieelemente. Im Gegensatz zur »alten Rechten« begründet sie ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht mit biologischem Rassismus, sondern mit Kultur und Identität, die reingehalten werden müssen (auch »Ethnopluralismus« genannt).

*Die »Neue Rechte« ist ein Netzwerk verschiedener Akteur*innen und Gruppierungen, das ohne feste Organisationsstrukturen funktioniert und mit einer »Kulturrevolution von rechts« einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will. Es besteht aus einer Reihe von medialen Angeboten, Kampagnen, Think Tanks und Verlagen. Ihre starke Präsenz in den sozialen Netzwerken trägt zur größeren Reichweite des Netzwerkes bei.*

fluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser«. Zielgruppe sind vor allem Akademiker*innen und Intellektuelle, die in der »Mitte« der Gesellschaft zuhause sind und über Einfluss verfügen.

Doch nicht nur die Eliten sind für die »Neue Rechte« interessant. Sie will auch die breitere Bevölkerung ansprechen, wenn auch vor allem ein bildungsnahes Milieu. Mario Müller, Vertreter der »Identitären Bewegung« und Autor beim Antaios-Verlag, macht deutlich, dass dieser Ansatz einen »tiefgreifende[n] Mentalitäts-, Werte- und Bewußtseinswandel zur Überwindung der herrschenden Ideologie« verfolgt. Es sei entscheidend, »dass das Volk diese Revolution für legitim erachtet«. Denn, so Mario Müller, »bevor eine Festung Europa errichtet werden kann, muss zunächst die Festung der Political correctness fallen, bevor politische Maßnahmen wie Grenzschießung oder Remigration verwirklicht werden können, müssen sie in der öffentlichen Meinung auf breite Akzeptanz stoßen.«

Rechtspopulistische Narrative und ihre thematische Breite

Diese »Kampf-um-Köpfe«-Strategien finden sich auch im Rechtspopulismus, der durch weitere Stilmittel und Schwerpunkte jedoch auch zusätzliche Zielgruppen erreicht. Dazu gehört nicht zuletzt die Parteinahme »für den kleinen Mann«.

Eine Auswahl des Netzwerks der »Neuen Rechten« und weiterer Bewegungsakteur*innen

Die **Junge Freiheit** ist eine in Berlin erscheinende Wochenzeitung und gilt als das publizistische Aushängeschild der »Neuen Rechten«. Ihr Chefredakteur ist Dieter Stein. Sie bewegt sich an der Schnittstelle von extrem rechten und konservativen Ideen.

Das **Institut für Staatspolitik (IfS)** wurde im Jahr 2000 von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründet, die damals regelmäßige Autoren der Jungen Freiheit waren. Das IfS ist die intellektuelle Ideenwerkstatt und Kaderschmiede der »Neuen Rechten« in Deutschland sitzt im sachsen-anhaltischen Schnellroda. Der ideologische Bezugspunkt des IfS ist die antidemokratische, anti-egalitäre und antiliberalen »Konservative Revolution«.

Das IfS gibt die monatlich erscheinende Zeitschrift **Sezession** heraus, ein Leitmedium der Neuen Rechten in Deutschland. Dem Stil nach verfolgt sie das neurechte Ziel der intellektuellen Erneuerung rechter Ideen und stand bis zu dessen Auflösung dem »Flügel« der AfD nah.

Eng mit dem Institut verbunden ist die Gruppierung **»Ein Prozent«**, die mittels einer Reihe von Kampagnen eine Bürgerbewegung gegen die »Flüchtlingsinvasion« initiieren will und Spenden sammelt. »Ein Prozent« setzt sich unter anderem auch aus Akteur*innen der »Identitären Bewegung« zusammen und wird vom Publizisten und Herausgeber des Compact Magazins Jürgen Elsässer, dem AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider sowie dem Verleger Götz Kubitschek unterstützt.

Als **Identitäre Bewegung** bezeichnet sich ein extrem rechter Verbund völkischer, aktionsorientierter Gruppen, die kulturrassistische Konzepte (auch Ethnopluralismus genannt) vertreten. Sie gehen von einer geschlossenen »europäischen Kultur« aus, deren Identität von anderen Kulturen, vor allem von einer Islamisierung bedroht ist.

Politically Incorrect (Abkürzung: PI oder PI-News) ist ein 2004 gegründeter rassistischer und vor allem islamfeindlicher Newsblog, der sich zu einem der bedeutendsten deutschsprachigen Internetblogs einer breitaufgestellten rechten sozialen Bewegung entwickelt hat. Auch international ist PI mit islamfeindlichen, extrem rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen und Organisationen vernetzt. Dem Stil nach bedient er sich eher der apokalyptischen, hetzerischen und weniger intellektuellen Rhetorik des Rechtspopulismus.

Das **Compact-Magazin** ist ein völkisch und rassistisch argumentierendes Politikmagazin des Publizisten Jürgen Elsässer. Seit 2015 präsentierte sich die Zeitschrift erst als Sprachrohr der rassistischen Pegida-Bewegung und ist heute stark den rechtspopulistischen Akteur*innen und Narrativen der AfD verbunden. Der Stil ist dabei weniger intellektuell oder an einem Elitendiskurs interessiert.

Der in Rottenburg am Neckar ansässige **Kopp Verlag** des ehemaligen Polizisten Jochen Kopp verlegt seit 20 Jahren eigene Bücher mit klarem thematischen und personellen Bezug zum rechtspopulistischen, verschwörungsideologischen und auch extrem rechten Milieu.

Im Rechtspopulismus sind Inhalte und Form, also rechte Überzeugungen und die Art, wie sie kommuniziert und platziert werden, eng miteinander verbunden. Er zeichnet sich durch einen polarisierenden Politikstil aus und teilt die Realität in »Gut« und »Böse«, »Schwarz« und »Weiß«. Rechtspopulist*innen behaupten von sich, allein den »wahren Volkswillen« zu vertreten. Das Volk verstehen sie als kulturell und ethnisch homogen.

Rechtspopulistische Strategien zeichnen sich durch Tabubrüche und Verschwörungsideologien aus. Dabei wird ein apokalyptischer Tonfall angeschlagen, der suggeriert, das »Abendland« stehe kurz vor dem Zusammenbruch und müsse gerettet werden, bevor es zu spät sei. In einer Sprache des Krieges werden »Invasoren«, Gewalt am »eigentlichen Volk« oder der »Große Austausch« dieses Volkes herbeifantasiert. Um die vermeintlichen Katastrophen abzuwenden, erscheinen alle Mittel recht. Dies kann im Extremfall dazu führen, dass es einige als Pflicht ansehen, sich und das Volk mit »Befreiungsschlägen« zu verteidigen – auch gewaltsam.

Strategie der AfD

Als parlamentarischer Arm einer neuen rechten sozialen Bewegung verfolgt die AfD ebenfalls Strategien im Kampf um rechte Deutungsmacht. Dabei liegt ihr Fokus weniger auf der klassischen Parlamentsarbeit. Statt in Ausschüssen mitzuwirken und dort konkrete Aufgaben zu bearbeiten, konzentriert sich die Partei

Rechtspopulismus

*Unter Rechtspopulismus versteht man eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische bzw. ethnopluralistische Vorteile ausnutzt und verstärkt. Als Kern des Rechtspopulismus bezeichnen Politikwissenschaftler*innen vier Grundprinzipien: (1) die Konstruktion einer WIR-Identität auf Grundlage rassistischer oder kulturellrassistischer Vorurteile, (2) deren aggressive Abgrenzung (des »kleinen Mannes« oder »des Volkes«) nach oben (»das Establishment«, »die da oben«) und nach außen (»die Muslime«, »die Fremden«), (3) Autoritarismus und der positive Bezug auf Führungsfiguren, sowie (4) eine Bewegungspolitik, die Parteien und repräsentative Demokratie als Mittel zur Durchsetzung des eigenen Machtanspruches versteht. (Jan-Werner Müller)*

*Als ihre Feinde machen rechtspopulistische Akteur*innen aktuell Regierungsapparate, Konzerne, demokratische Parteien oder Lobbyverbände aus (Aggression nach oben) sowie soziale, ethnische oder religiöse Minderheiten, wie Muslim*innen, Asylsuchende und Migrant*innen, LSBTQ, Jüd*innen, etc. (Aggression nach außen). Soziale Missstände und Kriminalität werden in rechtspopulistischen Denkfiguren durch »rassistische« oder kulturelle Besonderheiten erklärt.*

vor allem auf öffentlichkeitswirksame Aktionen. Zu diesem Zweck stellen AfD-Politiker*innen immer wieder kritische parlamentarische Anfragen oder attackieren zum Beispiel Bildungsträger, Kultureinrichtungen, Gedenkstätten, soziale Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände über die parteieigenen Medienkanäle und sozialen Netzwerk-Accounts. Ziel ist, das Engagement für eine plurale und offene Gesellschaft zu diffamieren oder gar zu delegitimieren.

Ein Beispiel für einen öffentlichkeitswirksamen Kampf um Deutungshoheit stellt die rassistische Debatte um die sogenannte »Messereinwanderung« dar. Hier wurde geschickt und wiederholt das Thema Migration mit Begriffen von Gewalt und Kriminalität in Verbindung gebracht. Das erzeugte rassistische Bilder und verschob Grenzen des Sagbaren. Die Behauptung falscher Tatsachen wurde als Sorge um das »eigentliche« und vermeintlich gefährdete deutsche Volk dargestellt.

Wenn in der gesellschaftlichen Debatte Migration und Asyl wie selbstverständlich immer wieder auch mit Kriminalität und Gewalt verbunden werden und rassistische und propagandistische Begriffe als normal erachtet und auch von anderen übernommen werden, geht die rechtspopulistische Strategie auf. Nicht selten findet das dann auch Eingang ins politische Handeln der parteipolitischen Mehrheiten.

Die AfD ist auch stark außerhalb des Parlaments vernetzt. Der »Flügel« der AfD unter Björn Höcke war vor allem personell und ideell eng mit Akteur*innen der neuen und extremen Rechten verbunden. Der »Flügel« löste sich nach seiner Einordnung als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« im März 2020 auf. Die rund 7.000 Mitglieder blieben jedoch in der Partei und üben weiterhin einen starken Einfluss auf ihre Entwicklung aus.

Der Kampf um weitere Themenfelder

Neben den »klassischen« Schwerpunktthemen Migration, Flucht und Asyl haben sich weitere thematische Bereiche etabliert, in denen rechtspopulistische und neurechte Akteur*innen und Gruppierungen um Deutungshoheit kämpfen. Dazu gehören beispielsweise Debatten zu Gender, Feminismus und Familie sowie Umwelt und Klimawandel.

Gender, Feminismus und Familie

So instrumentalisieren beispielsweise neurechte Kampagnen wie »#120db« feministische Anliegen für ihre rassistische Zwecke, indem sie vorgeben, Betroffene sexualisierter Gewalt zu unterstützen. In der Kampagne sind verschiedene junge Frauen zu

sehen, die sich als potentielle Opfer männlicher und ausschließ-lich migrantischer Gewalt darstellen und beklagen, dass gesellschaftliche und staatliche Akteur*innen nichts für ihren Schutz unternehmen.

Zwei Narrative der Kampagne sind klar zu erkennen: Zum einen wird ein angeblich vorherrschender Feminismus abgelehnt, der von den »wahren Problemen im Land« ablenke, Frauen in vermeintlich »unnatürliche« Rollen dränge und dem »großen Austausch« den Weg ebne. Zum anderen stilisieren sich die Akteurinnen der Kampagne selbst zu Frauenrechtlerinnen bzw. »wahren Feministinnen«.

Was zuerst paradox erscheinen mag, verfolgt das Ziel, an gesellschaftliche Debatten anzuschließen und diese mit rechter Ideologie für sich zu vereinnahmen. Dafür beziehen sich rechte Frauen nicht nur ablehnend, sondern situativ sogar positiv auf den Feminismus und auf feministische Anliegen, geben diesen aber ihren eigenen rassistischen Anstrich.

Bei den Themen Familie und Geschlechterrollen stehen jedoch klar antifeministische Anliegen im Vordergrund. Völkische Gruppierungen verstehen ihren Antifeminismus als Teil eines Kampfes um die Kernfamilie als »Keimzelle der Nation«. Rechtspopulistische und neurechte Akteur*innen äußern vehement ihren Wunsch nach einer Rückkehr zu traditionellen Geschlechter-

rollen und das »Glück der Kleinfamilie«. Gezielt wird gegen den »Genderwahn« gehetzt und somit ein Thema besetzt, dass gesellschaftlich ohnehin heftig diskutiert wird. Auf diese Weise schaffen rechtspopulistische Kampagnen und Narrative ein Scharnier zwischen der gesellschaftlichen Mitte und der neuen und extremen Rechten.

Auf den sogenannten »Demos für Alle«, die unter dem Motto »Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder« auch eine ganze Reihe anderer Themen mitverhandeln, versammeln sich die unterschiedlichsten Akteur*innen. Initiiert wurden sie von der christlichen Aktivistin Hedwig von Beverfoerde, die unter anderem in den rechtspopulistischen Organisationen »Bürgerinitiatve Familienschutz« oder »Zivile Koalition« aktiv ist. Auf den Demonstrationen kommen Anhänger*innen antimoderner Familienbilder mit christlichen Fundamentalist*innen und Homo- und Trans-Feind*innen zusammen. Auch extrem rechte Parteien und Gruppierungen wie »Der Dritte Weg« und die »Identitäre Bewegung« nehmen an den Veranstaltungen teil und rufen zu ihnen auf.

Die Beispiele »#120db« und die »Demo für alle« machen deutlich, wie stark rechte Frauen als »Normalisiererinnen« (Ester Lehnert) einer menschenfeindlichen Ideologie fungieren und dafür sorgen, dass sie Anklang in der Gesellschaft finden.

Klimawandel

Mit ihrem Einsatz gegen ein Dieselverbot und der Leugnung des Klimawandels schlagen sich neurechte und rechtspopulistische Akteur*innen demonstrativ auf die Seite des »kleinen Mannes«. Der Vorwurf: Man möchte ihm nun noch sein Dieselfahrzeug nehmen, das er auf dem Land zur Bewältigung seines täglichen Lebens braucht. Dies geschehe, so die rechtspopulistische Deutung, um dem Diktat eines angeblichen Klimawandels zu huldigen, für den es keine Beweise gebe.

Dieses Vorgehen greift tatsächlich bestehende gesellschaftlichen Spannungen zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung und die Sorge über mangelnde Infrastruktur in ländlichen Regionen auf – und besetzt sie rechtspopulistisch.

Solche Debatten mögen auf den ersten Blick nicht zum Standardrepertoire des Rechtspopulismus gehören. Sie machen aber deutlich, dass sich die Akteur*innen thematisch breiter aufstellen und verschiedene gesellschaftliche Konfliktlinien für ihre Zwecke nutzen.

Rechtspopulistische »Kirchenkritik«

Obwohl auch christliche Vereinigungen – wie am Beispiel der »Demo für alle« zu sehen ist – zum rechtspopulistischen Netzwerk gehören, zielen rechtspopulistische Angriffe vermehrt auch auf die Kirchen und ihre kirchlichen Jugend- und Wohlfahrtsverbände.

Orientierungshilfen, Denkschriften und Synodenbeschlüsse der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) werden zum Teil von massiven Anfeindungen seitens rechtspopulistischer Akteur*innen begleitet. In ihrer Broschüre »Unheilige Allianz. Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen« kritisieren eine Reihe verschiedener AfD-Landtagsfraktionen die EKD beispielsweise dafür, sich für die Gleichberechtigung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder eine geschlechtergerechte Sprache auszusprechen. Unter dem Kapitel »Massenmigration als angebliche Forderung des Liebesgebotes« wird der Einsatz der Kirche für Geflüchtete, für ein menschenwürdiges Leben und für das verbriefte Recht auf Asyl scharf kritisiert.

Demgegenüber stehen die unermüdlichen Positionierungen der evangelischen Kirchen und ihrer Jugend- und Wohlfahrtsverbände, die die Versuche von rechts entschieden zurückweisen, die öffentliche Debatte mit nationalistischen, rassistischen, geschichtsrevisionistischen, migrationsfeindlichen, sexistischen und antisemitischen Einstellungen zu beeinflussen.

Auch die römisch-katholische Kirche steht unter dem Druck ultrakonservativer und rechtspopulistischer Kräfte, denen insbesondere das Engagement des Papstes gegen den Klimawandel und für Geflüchtete zuwider ist. Immer wieder ist – auch von rechtsfundamentalistischen Theologen und Priestern – der Aufruf für einen Zusammenschluss von »Kultürkämpfern« aller Konfessionen zu vernehmen.

Die katholische Kirche in Deutschland positionierte sich im März 2017 durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, deutlich dagegen: »Es existieren Grenzen, wo wir als Christen sagen: Da sind rote Linien.« Für ihn fallen darunter die Feindlichkeit gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten, die Verunglimpfung anderer Religionen, die Überhöhung der eigenen Nation sowie Rassismus und Antisemitismus. »Wo grob vereinfacht wird, wo Parolen zur Feindschaft beitragen – da kann ein Christ nicht dabei sein.«, so Kardinal Marx.

Der Fokus der Kirchen und ihrer Gemeinden – Geflüchtete nicht aus dem Blick verlieren

Kirchen und kirchliche Jugend- und Wohlfahrtsverbände sind auch heute noch immer stark in den Bereichen Migration, Flucht und Asyl tätig und hier auch den meisten Angriffen ausgesetzt.

In den vergangenen Jahren haben sie dazu eine Reihe von Handreichungen herausgegeben. Sie zeigen damit auch Haltung im Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen.

Angesichts partieller Raumgewinne und anhaltender Präsenz einer sozialen Bewegung von rechts bleibt es weiterhin von größter Bedeutung, sich klar zu positionieren, die eigene Haltung stets zu verteidigen und den respektvollen Dialog in der Gemeinde anzuregen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Aufmerksamkeit für Geflüchtete auf der einen Seite und für den rechtspopulistisch beeinflussten Deutungskampf um ihre Zukunft auf der anderen Seite nicht zu verlieren. Die vorliegende Broschüre widmet sich im Folgenden verstärkt den Herausforderungen und Chancen für Christ*innen und setzt Impulse für die Gemeindepraxis.

KAPITEL 2

**»GOTT HAT UNS NICHT GEGEBEN
DEN GEIST DER FURCHT, SONDERN DER KRAFT
DER LIEBE UND DER BESONNENHEIT.«**

Zum Umgang mit Rechtspopulist*innen in der Gemeinde

Mit dem als Überschrift des Kapitels fungierenden Satz spricht Paulus seinem Täufling Timotheus Mut zu. Dieser wird ebenso wie Paulus selbst wegen seines Glaubens diskriminiert und verfolgt. Vertrauen in Gott verleiht Mut, Kraft und Liebe, schreibt der Apostel. Paulus' Brief ist somit gleichsam als christliche Empfehlung zu verstehen, dass der Glaube an Gott in scheinbar unübersichtlichen und beängstigenden gesellschaftlichen Situationen helfen kann.

Die entzweite Gesellschaft

Die bundesdeutsche Gesellschaft erscheint heute außerordentlich emotionsgeladen und polarisiert. Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingsskeptiker*innen, Konsument*innen und Vertreter*innen neurechter Medieninhalte, Rechtspopulist*innen und Neonazis auf der einen Seite sowie Unterstützer*innen der Aufnahme Geflüchteter, Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Menschen mit größerem Vertrauen in die Lösungsfähigkeiten des demokratischen Systems und seiner Instanzen sind alltäglich. Vielen Menschen machen die unzähligen ungelösten Konflikt- und Kriegssituationen in der Welt und die dadurch hervorgerufenen Flüchtlingsbewegungen Angst. Die Empörung über die unzulängliche Hilfe für Geflüchtete und Asylsuchende durch die Weltgemeinschaft und die Europäische Union sowie den Tod unzähliger Menschen bei ihrer Flucht über das

Mittelmeer ist berechtigt. In vielen Pfarr- und Kirchengemeinden gibt es das Bedürfnis, eigene Ängste und die Polarisierung der Gesellschaft durch Gesprächsangebote überwinden zu helfen.

Ein solcher Wunsch ist sehr verständlich, ist es doch ein Anliegen der Kirchen, dem gesellschaftlichen Frieden zu dienen. Gesprächsangebote können auch hilfreich und fruchtbar wirken, wenn sie nicht einfach auf Harmonie zielen oder gar geistigen Brandstifter*innen Podien bieten. Sie sollten vielmehr das christliche Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit jedes Menschen (Gen 1, 27) umzusetzen helfen. Dieses begründet die unveräußerliche Menschenwürde, kirchlich gesehen vor Gott und den Menschen, grundgesetzlich betrachtet vor dem Gesetz und den Menschen.

Kirche ist menschenfreundlich und damit nicht neutral

Berechtigt sind Gesprächsangebote dann, wenn sie auf Veränderung der mancherorts auch in Kirchengemeinden geäußerten menschenfeindlichen Positionen Einzelner und die Unterstützung derer zielen, die Hilfe und Solidarität benötigen. Aus dem biblischen Liebesgebot, also dem, was Fremde für Christ*innen bedeuten, folgt nämlich ein unveräußerliches christliches Bekenntnis: Fremde müssen geschützt werden. Es kann daher in solchen

Wittstock
bekennt Farbe

**Rassismus
widersprechen!**
Denn vor Gott
sind alle gleich.

**Rassismus
widersprechen!**
Denn vor Gott
sind alle gleich.

**Rassismus
widersprechen!**
Denn vor Gott
sind alle gleich.

gfdm Kirche
St. Marien-Kirche
Wittstock
Sonntag, 10. April 2022
10.00 Uhr
12.00 Uhr
14.00 Uhr
16.00 Uhr
18.00 Uhr
20.00 Uhr
22.00 Uhr
24.00 Uhr
26.00 Uhr
28.00 Uhr
30.00 Uhr
32.00 Uhr
34.00 Uhr
36.00 Uhr
38.00 Uhr
40.00 Uhr
42.00 Uhr
44.00 Uhr
46.00 Uhr
48.00 Uhr
50.00 Uhr
52.00 Uhr
54.00 Uhr
56.00 Uhr
58.00 Uhr
60.00 Uhr
62.00 Uhr
64.00 Uhr
66.00 Uhr
68.00 Uhr
70.00 Uhr
72.00 Uhr
74.00 Uhr
76.00 Uhr
78.00 Uhr
80.00 Uhr
82.00 Uhr
84.00 Uhr
86.00 Uhr
88.00 Uhr
90.00 Uhr
92.00 Uhr
94.00 Uhr
96.00 Uhr
98.00 Uhr
100.00 Uhr

BAG
K+R

BAG
K+R

Bekenntnisfragen keine schlichte, »neutrale« Moderator*innenrolle für Kirchen- und Pfarrgemeinden oder die dort Verantwortung tragenden Personen wie Priester, Pfarrer*innen, Pfarr- und Kirchengemeinderäte oder Kirchenleitende geben. An dieser Stelle sollen einige grundlegende theologische Aspekte in die derzeitige Diskussion um die Aufnahme und Inklusion geflüchteter Menschen bzw. den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit ihnen eingebracht werden:

- a) Grundsätzlich ist die christliche Botschaft eine egalitäre, die eine Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen weder vorsieht noch erlaubt. »Vor Gott sind alle gleich« (Gen 1,27), heißt es in der Bibel, was bedeutet: Die Menschenwürde ist unteilbar. Die Gottebenbildlichkeit des Menschen als biblische Grundlegung kann ergänzt werden durch die biblische Rückführung aller Menschen auf Adam und Eva. Die Rabbinen sagen hierzu, »damit sich keine*r über den oder die Andere erhebe«.

Gleichzeitig bezieht sich die biblische Botschaft realistisch auf die gängige Gewaltförmigkeit menschlicher Gesellschaften. Sie ist bestrebt, Streit zu kanalisieren, Gewalt einzudämmen und auch Täter*innen, Fehlverhalten, Sündhaftigkeit zu benennen. Diese Orientierung geht bis zu Jakob und Esau, die dann ganz pragmatisch auseinander gehen, weil sich keine wirklich friedliche Lösung abzeichnet.

- b) Trotz dieser grundsätzlich klaren biblischen Botschaft wuchs in den europäischen Kirchen die Einsicht, dass Gewalt, Rechtfertigung von Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus stets Teil kirchlicher Wirklichkeit waren und noch sind. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass menschenfeindliche Einstellungen in den Kirchengemeinden vorzufinden sind und es ist auch nicht ehrenrührig, diese offen zu adressieren, um sie in einem inneren Kommunikations- und Verständigungsprozess bearbeiten zu können. Da kein Mitglied einer Gemeinde für sich Vollkommenheit beanspruchen kann, ist dieses Gespräch auch eines in Solidarität der sich und Gott Verfehlenden. In diesem Kontext gilt es dann, nicht verharmlosend oder beschwichtigend, den produktiven Charakter des Satzes »simul justus et peccator« (»zugleich Gerechte*r und Sünder*in«) zur Geltung zu bringen. Dieser Ausspruch ist eine Formulierung aus der Rechtfertigungslehre des Reformators Martin Luther. Dort erklärte er, dass Heilige in ihrer eigenen Einschätzung immer Sünder seien und deshalb in Gottes Einschätzung gerechtfertigt würden. Heuchler hingegen seien in ihrer eigenen Einschätzung immer Gerechte, weshalb sie vor Gott sündig seien. Luther zog daraus den Schluss, beide seien für Gott Gerechte und Sünder zugleich.

- c) Gleichzeitig bedeutet der nüchtern-selbstkritische Blick in die Geschichte aber auch, keine Beliebigkeit hervorzubringen. Vielmehr sollen Lernprozesse ermöglicht werden, ebenso wie die Annäherung an das unverzichtbare Bekenntnis zur Unversehrtheit der Anderen und der Gleichwertigkeit aller innerhalb und außerhalb der Gemeinde. Ohne diese innere Arbeit, ja vielleicht sogar »innere Mission«, bleibt christliches Zeugnis nach außen hohl. Dem offenen Brief »Neutral bleiben – keine Option für Christen« von Theologen und Theologinnen der TU Dresden, der EHS Dresden und der EH Moritzburg folgend heißt das: »Nach dem Motto ›Kirche ist für alle da, aber nicht für alles‹ können Christenmenschen aber keinesfalls neutral bleiben, wo Flüchtlinge pauschal diskreditiert werden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschürt wird. Wo gegen Andere gehetzt wird, wo Menschen bedroht und die Grundlagen rechtsstaatlicher Demokratie angegriffen werden, dürfen wir Christ*innen uns nicht auf eine scheinbar neutrale Position zurückziehen und den Harmoniebedürfnissen innerhalb christlicher Gemeinden mehr Gewicht beimessen als der Einheit von Gottesliebe und Menschenliebe«. Das gilt für Nächsten- und Fernstenliebe. Einige ausgewählte biblische Einträge sollen als ergänzende Beispiele dafür dienen, wie eine theologisch zu verantwortende Kommunikation aussehen kann und wie Vielfalt und Differenz in menschlichen Gesellschaften zu bewerten sind:
1. **»Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.«** (Mt 5,37) – Es ist nicht zu verkennen, dass Gott uns Christenmenschen eine klare Orientierung gibt, mit der wir nicht nach Belieben umgehen dürfen. Gott gibt sie uns voller Ernst und Liebe, damit wir ihr – auch wenn wir um unser Scheitern wissen – immer wieder neu nachfolgen. Weil es hierbei um existenzielle Werte geht, darum, Ja und Nein zu sagen und entsprechend zu handeln, gibt es auch bindende theologische Vorstellungen von Gericht und Strafandrohung bei Vernachlässigung der Witwen, Waisen und Fremden.
 2. **»Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.«** (Ex 20,16) Dieses Gebot findet sich in verschiedenen Büchern der Bibel im Alten wie im Neuen Testament und kann durch diese Prominenz für sich umfassende Geltung beanspruchen. Es bedeutet, dass weder über die einem selbst fernem wie auch über nahe Menschen Dinge gesagt werden dürfen, die auf Gerüchten basieren. Ebenso wenig dürfen Verfehlungen Einzelner, bspw. die eines islamistischen Terroristen auf eine gesamte Gruppe von Menschen wie Muslim*innen übertragen werden. Darüber hinaus ergibt sich daraus auch die Verantwortung, all dies nicht nur selbst zu unterlassen, sondern auch anderen zu widersprechen, die es tun und durch ständige Wiederholung verschärfen.

3. **»Hier ist nicht jüdisch noch griechisch, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht männlich noch weiblich; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus«** (Gal 3,28) – Dieses wunderbare Bild der Gemeinde steht gegen alle Verächtlichmachung von dem je anderen Geschlecht und von Menschen anderer sexueller Orientierung, anderer Klassen oder anderer ethnischer Zugehörigkeit. Alle sind Teil des Leibes Christi und – das ist entscheidend – ihre Vielfalt wird nicht einfach aufgehoben, sondern bleibt als gleichermaßen wertvolle Differenz präsent. Das schließt alle Hassäußerungen aus, auch solche, die angeblich aus eigener Verunsicherung herrühren. Es heißt ganz sicher nicht, dass Differenzen und Konflikte in den jeweiligen Beziehungen bestritten werden sollen. Es eröffnet aber eine Perspektive auf gemeinsame Entwicklung und Lebensgestaltung in der christlichen Gemeinde. Paulus beschreibt in dem zitierten Brief eine unbedingte Gleichwertigkeit der jeweiligen Gruppen. Alle drei Beziehungskonstellationen – ethnische Identität (griechisch/jüdisch), soziale Stellung (Sklave/Freier) und geschlechtliche Identität (Mann/Frau) – markieren hoch aufgeladene Konfliktfelder. Sie stellen Relationen dar, die sowohl gesellschaftlich wie gemeindlich umstritten sein können und immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Deshalb ist Paulus die Aussage so wichtig, dass in Christus die Ausgangsbedingungen in diesem Prozess des Aushandelns für alle gleich sein sollen.

Gott liebt die Sünder, nicht die Sünde – Zum Umgang mit Rechtspopulist*innen in der Gemeinde

Oft wird versucht, menschenfeindliche Positionen als gleichberechtigte politische oder ethische Meinung zu etablieren. Neu-rechte Akteur*innen brandmarken ihre angebliche Tabuisierung und vermeintliche Blockade durch gesellschaftliche Eliten gern als Demokratiedefizit oder Stilmittel einer gleichgeschalteten Medienlandschaft. Sie schüren bewusst Ängste vor importierter Islamisierung, Gewalt, Krankheiten oder sonstigen angeblichen Bedrohungen durch »die Fremden«, die Sachargumenten nicht zugänglich sind – etwa der statistisch belegten Tatsache, dass im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete keine Erhöhung von Kriminalität zu verzeichnen ist. Dennoch versuchen sich die tatsächlichen Spalter*innen der demokratischen Grundordnung als Opfer dunkler Mächte und eingeschränkter Meinungsfreiheit zu inszenieren, wann immer ihnen widersprochen wird. Gegenargumente werden zu Belegen einer angeblichen Verschwörung der »Eliten« oder einer Meinungsdiktatur.

Solche Argumentationsmechanismen und das Spiel mit den Ängsten der Menschen sind in öffentlichen Veranstaltungen weiterhin stark präsent. (Streit-)Gespräche zwischen vehementen Befürworter*innen und Gegner*innen einer Willkommenskultur sind für unentschiedene, auf Grundlagen für ihre eigene Meinungsbildung hoffende Gemeindemitglieder wenig erhellend.

Gleichwohl ist es sinnvoll, echte Fragen innerhalb der Gemeinde sowie Verunsicherungen oder auch Abwehr aufzunehmen und in den bestehenden kleinteiligen Formaten kirchlichen Gemeindelebens wie dem Bibelkreis, der Jungen Gemeinde, dem Posaunen- oder Kirchenchor, dem Gespräch nach dem Gottesdienst, im seelsorgerlichen Gespräch oder der Beichte aufzunehmen. Hier gilt es dann auch Argumenten oder Formulierungen zuzuhören, die zunächst mit christlichem Bekenntnis nichts zu tun haben. Deshalb ist es wichtig, zwischen verschiedenen Gesprächskontexten zu unterscheiden:

- a) **öffentlicher Kontext über die Kerngemeinde hinaus, z. B. öffentliche Diskussions- oder Wahlveranstaltungen:** Manche Gemeinde fühlt sich dazu berufen, der Kirchen- oder Bürgergemeinde einen Raum für die Diskussion zur Verfügung zu stellen, um eine ernsthafte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Kirche kein wertfreier Raum ist. Ihr Wirken fußt auf den Weisungen der Heiligen Schrift, in der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der Einsatz für die Schwachen und Unterdrückten dem Willen Gottes entsprechen. Politischer Einsatz, der diesen Idealen diametral zuwider läuft, ist ebenso eine sündhafte Abweichung vom Willen Gottes wie Diebstahl oder Mord, die es anzusprechen und offensiv zurückzuweisen gilt.
- b) **gemeindebezogener Kontext innerhalb der Kerngemeinde, z. B. Kirchenchor, Gemeindegruppenarbeit, Pfarr- und Kirchengemeinderat:** Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass innerhalb unserer Gemeinden, wie im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung auch, Menschen anzutreffen sind, die rechtspopulistischen Positionen zustimmen. Einzelne solcher Haltungen zur Familienpolitik, der Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, Feindlichkeit gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe sowie die Überhöhung der eigenen Religion sind gerade in christlich-reaktionären Kontexten populär. Andere, wie Feindlichkeit gegenüber Muslim*innen, Ablehnung der Europäischen Union, Demokratieverdrossenheit oder Medienschelte, finden sich in allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen. Es gilt demnach, genau hinzuhören: Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Wer aber mit rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich außerhalb christlicher Lehre – egal, ob dies in einem rechtsextremen oder rechtspopulistischen Kontext oder auch nur im zwischenmenschlichen Gespräch geschieht.
- c) **seelsorgerlicher Kontext und Einzelgespräche, z. B. Taufgespräch, Beichte, etc.:** Pfarrer*innen meinen zu recht, dass Protagonist*innen asylfeindlicher Gruppen, die sich als Christ*innen verstehen, das Recht haben, auch mit Personen anderer Ansicht ins Gespräch zu kommen – und dass Seel-



sorger*innen in der Pflicht sind, dafür Räume zu schaffen. Hierfür sind neben Einzelgesprächen auch Gruppengespräche im kleinen Kreis vorstellbar. Diese sollten allerdings gut moderiert werden und allen Positionen ausreichend Raum geben. Hierbei gilt es, die Blickrichtung und Themensetzung zu weiten. Es sollte insbesondere in den Blick genommen werden, in welchen Situationen sich geflüchtete Menschen befinden: traumatisiert, in fremder Umgebung fern der erworbenen Sicherheiten, in z. T. unwürdigen Unterbringungen und mit Fähigkeiten und Ressourcen, die zu wenig wahrgenommen werden. Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass

sich in der Flüchtlingshilfe aktive Menschen feindlichen und destruktiven Diskussionen und Angriffen in Familien- und Freundeskreisen ausgesetzt sehen. Das bedeutet für viele wirkliche Seelennöte und Verunsicherungen, die seelsorgerlich aufgefangen werden müssen. Zudem ist es ein Unterschied, ob jemand das Signal gibt, Seelsorge zu benötigen, oder ob Pfarrer*innen von sich aus das Bedürfnis verspüren, offensiv seelsorgerlich auf Menschen zuzugehen. Es ist wichtig, diese Ebenen der Gespräche zu unterscheiden, weil sie je unterschiedliche Zugänge, Handlungsformen und Verabredungen benötigen.

KAPITEL 3

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GELINGENDE KOMMUNIKATION – ERFAHRUNGEN AUS DER BERATUNGS- UND GEMEINDEPRAXIS

1. Die Fallstricke öffentlicher Veranstaltungen über die Kerngemeinde hinaus

Öffentliche Veranstaltungen über die eigene Kerngemeinde hinaus bedürfen einer klugen Vorbereitung. Hilfestellung bei der Konzeption und inhaltlichen Durchführung kann bei zivilgesellschaftlichen Beratungsorganisationen, die nachstehend aufgeführt werden, oder der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) eingeholt werden. In jedem Fall sollten die im vorherigen Kapitel beschriebenen Kriterien kirchlicher Menschenfreundlichkeit und Parteilichkeit eingehalten werden. Nachfolgend werden Beispiele für öffentliche Veranstaltungen über den Kerngemeindegkontext hinaus dargestellt. Zunächst werden zwei Fälle geschildert, in denen sich die gewählten Formate oder das Handeln maßgeblich Beteiligter als kontraproduktiv erwiesen. Im darauf folgenden Abschnitt geben wir dann Hinweise dafür, wie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen gelingen kann.

a. Einwohner*innenversammlung in einer Kirche

In einer Kleinstadt laden Bürgermeister und Pfarrer vor der Einrichtung einer neuen Unterkunft für Asylsuchende zur Einwohner*innenversammlung in die Kirche ein. Die Einladung wird im Stadtanzeiger veröffentlicht und enthält eine Antidiskriminierungsregel. Ein solcher Teilnahmevorbehalt ist mit dem deutschen Versammlungsrecht abgestimmt und stellt Regeln für Diskussion und Teilnehmende auf, die diskriminierende und menschenfeindliche Haltungen unterbinden und von solchen Haltungen Betroffenen eine angstfreie Teilnahme ermöglichen sollen.

»Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die neonazistischen Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.«

Ein Sicherheitskonzept wird erstellt, um der eventuell praktizierten Wortergreifungsstrategie extrem rechter Akteur*innen entgegenzuwirken. Es gibt klare Diskussionsregeln:

- ▶ Im Kirchenraum ist ein Rednerpult mit Mikrofon aufgestellt, jede*r Redner*in soll sich mit Namen vorstellen.
- ▶ Es werden klare Diskussionsregeln verlesen: diskriminierende Äußerungen (rassistisch, antisemitisch, sexistisch) sind nicht erlaubt.

Neben dem örtlichen NPD-Stadtrat haben weitere Neonazis in der Kirche Platz genommen. Nach der Begrüßung durch den gastgebenden Pfarrer und einführenden Worten des Bürgermeisters sowie des Vertreters der Landkreisverwaltung beginnt die Diskussion. Nach einigen Diskussionsbeiträgen ergreift der NPD-Stadtrat das Wort. Er, selbst Christ, legt seine Version von Nächstenliebe – bezogen auf das eigene Volk – dar, spricht von »christlich-jüdischen Wurzeln, auf die wir uns so gern beziehen«, und von der Rolle Israels bei der Aufnahme geflüchteter Menschen. Anschließend ergreift ein weiterer Neonazi das Wort und legte sein völkisches Gedankengut dar. Alles bleibt – trotz anderweitiger, öffentlich verlesener Regeln – ohne inhaltliche Reaktion. Als der Vertreter der örtlichen Willkommensinitiative das Wort ergreift, verlässt demonstrativ eine größere Gruppe Neonazis den Kirchenraum.

Dieses Beispiel macht deutlich: Trotz guter Vorbereitung kann eine Veranstaltung zumindest partiell aus dem Ruder lau-

fen, wenn klare Absprachen nicht eingehalten und die Wortergreifung von Rechtspopulist*innen oder extrem rechten Akteuren nicht unterbunden wird. Soll Ihre Veranstaltung sachlich und entsprechend Ihrer Themensetzung verlaufen, bedarf es einer stringenten und zuweilen auch klare Grenzen aufzeigenden Moderation. Notfalls müssen die Veranstalter*innen zur Eskalation bereit sein: Saalweise erteilen oder sogar die Polizei rufen, um diese durchzusetzen. Sind Sie als Kirchgemeinde Hausherrin einer solchen Veranstaltung, müssen Sie sich der Möglichkeiten des Versammlungsrechtes und Ihrer eigenen Haltung bewusst sein. Sprechen Sie darüber mit Ihrem (kollegialen) Umfeld, spielen Sie noch ohne Handlungsdruck Szenarien durch und überlegen Sie gemeinsam, wie Sie sich in den entsprechenden Situationen verhalten wollen und warum.

b. Dialogreihe unter Einbeziehung von Rechtspopulist*innen in einer Kirchengemeinde

In einem Stadtteil engagieren sich Bewohner*innen unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung, sozialer Schichten und Altersgruppen im Rahmen einer Initiative für geflüchtete Menschen. Im gleichen Stadtviertel protestiert allerdings auch eine »XY wehrt sich«-Initiative gegen Zuwanderung und von ihnen so empfundene politische Missstände. Diese Gruppe organisiert sich insbesondere über Facebook und wird von einem über die Stadtgrenzen hinaus bekannten, aktiven und gewaltbereiten Rechtsextremen öffentlich vertreten. Christ*innen sehen sich in der Verantwortung, zur Befriedung der Situation beizutragen

**BAG
K+R**

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS

www.bagkr.de

**Nächstenliebe verlangt Klarheit.
Neonazis stoppen,
überall!**



**Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste**

www.asf-ev.de

und den Dialog im Gemeinwesen zu befördern. Die Pfarrer der evangelischen und katholischen Gemeinden laden deshalb beide Initiativen zu einem öffentlichen Bürger*innendialog in die Kirche ein. Die Initiative, die sich für geflüchtete Menschen einsetzt, lehnt freilich ihre Beteiligung für den Fall ab, dass gleichzeitig auch der rassistischen Gruppierung ein Podium geboten wird. Sie informiert die Pfarrer über deren einschlägig bekannte Protagonist*innen und schildert eigene Erfahrungen von Angriffen, Beleidigungen und Verunglimpfungen. Das hält die Pfarr-

und Kirchengemeinderäte sowie die Pfarrer beider Kirchen jedoch nicht davon ab, die Veranstaltung unter Beteiligung der rassistischen Gruppe im Podium mit einem einseitig positionierten externen Impulsreferat durchzuführen. Die Initiative, die sich für geflüchtete Menschen engagiert, bleibt der Veranstaltung daher wie angekündigt fern. Dies kritisiert später einer der beiden Pfarrer im Editorial des Gemeindebriefes seiner Kirchengemeinde mit den Worten: »Hat Christus je zu einem Menschen gesagt: Mit Dir rede ich nicht?«.

Tatsächlich hat Christus zwar mit allen das persönliche oder auch seelsorgerliche Gespräch gesucht. Sein Herz war offen – aber auch seine Haltung war klar. Er bot bei seinen öffentlichen Reden, wie beispielsweise der Bergpredigt, keinen Menschenfeinden ein Podium. Vielmehr bezog er persönlich klar Stellung für die Solidarität mit den Schwachen und Hilfesuchenden. Nicht so jener Pfarrer. Er stellt sich mit seiner Kritik an der Willkommensinitiative zwar selbst in Christi Nachfolge. Demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Äußerungen aber widersprach bei jenem Dialogforum keiner der beiden anwesenden Pfarrer und man nahm in Kauf, dass sowohl die Engagierten für Geflüchtete sowie zahlreiche von extrem rechter und rechtspopulistischer Hetze potentiell Betroffene der Veranstaltung fernblieben. Vielmehr folgten ohne kritische Auswertung weitere Veranstaltungen in der Kirche.

Derlei Dialogforen unter Einbeziehung klar menschenfeindlich agierender Personen im Podium bieten dank uneingeschränkter Öffentlichkeit eine optimale Plattform, um zum Beispiel die Ideologie der Volksgemeinschaft zu verbreiten, ebenso wie menschenfeindliche Meinungen und unbiblische, weil einschränkende und ausgrenzende Vorstellungen von Nächstenliebe. Sie wird in derlei Fällen völkisch interpretiert, also auf Menschen einer bestimmten Kultur oder Hautfarbe beschränkt und bietet zum Beispiel Hilfe nur für christliche Geflüchtete. Eine Gegenrede und Entkräftung solcher meist vereinfachender Argumente gestaltet sich vor großem Auditorium in aller Regel schwierig. Eine

sachliche Argumentation muss oft ins Detail gehen und überfordert viele Zuhörer*innen; zudem konkurriert sie mit Unwahrheiten und Überzeichnungen, die nur mühselig zu entkräften sind. Ein Faktencheck wie in manchen Talkshows im Fernsehen ist selten möglich. Die Hemmschwelle, sich vor vielen Menschen in den argumentativen Dialog zu begeben, ist zudem sehr hoch. So bleiben Positionen, die dringend einer Gegenrede bedürften, meist ohne Widerspruch und vergiften das gesellschaftliche Klima.

Der selbst formulierte Anspruch solcher öffentlichen Veranstaltungen ist es in der Regel, in den Dialog mit einzelnen Teilnehmenden zu treten und dadurch etwas für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden im kommunalen Raum zu bewirken. Diese Ziele wurden in den beschriebenen Fällen auf unterschiedliche Weise nicht erreicht: einmal fehlte es an Konsequenz in der Durchführung, zum anderen wurde rassistischen Akteur*innen ein Podium gegeben. Damit werden aber bestehende Gräben vertieft statt überwunden. Von rechter Gewalt betroffene Menschen fühlten sich ausgegrenzt und marginalisiert. Aus Gefühlen und diffusen Ängsten werden durch ihre unwidersprochene Bekräftigung auf dem Podium scheinbar Fakten und Gewissheiten. Rassist*innen und Rechtspopulist*innen werden als erstzunehmende Gesprächspartner*innen anerkannt und ihre rassistischen, völkischen und menschenfeindlichen Deutungsangebote werden normalisiert. Die Wortmacht der menschenverachtenden Meinungen und die bedrohliche Präsenz rechter Gruppierungen sorgen dafür, dass bspw. auch Geflüchtete

oder andere potentiell betroffene Minderheiten der Veranstaltung fernbleiben. In der Konsequenz wird weiterhin nur über sie statt mit ihnen gesprochen. Auch nehmen Personen, die für Menschenrechte und Demokratie einstehen, nicht an den Veranstaltungen teil oder ergreifen aus begründeter Angst nicht das Wort. Dies ist mit Blick auf die Bedrohungslage für Personen, die für das Asylrecht einstehen, nur nachvollziehbar. Das unerwünschte Ergebnis solcher vermeintlicher Dialogforen ist aber, dass menschenfeindliche Meinungen immer mehr Raum erhalten. Unter dem Strich wird damit der gesellschaftliche Diskurs weiter in Richtung einer rassistisch-völkischen »Normalität« verschoben.

2. Rahmenbedingungen für eine gelingende Kommunikation über die Themen Flucht und Asyl

Gott gibt uns Christenmenschen eine klare Orientierung. Die von Paulus (vgl. Gal 3, 28) geforderte unbedingte Gleichwertigkeit der Menschen, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sozialen Schicht, Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung, verlangt eine klare Abgrenzung zu menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen. Kirche ist deshalb nicht neutral. Ihre Haltung wurzelt in der Heiligen Schrift und beinhaltet ganz wesentlich eine Hinwendung zu den gesellschaftlich Geschwächten und Marginalisierten.

Verlegen Sie deshalb ihre Kommunikation in Räume, die für gelebte Demokratie und Menschenrechte stehen. Die Situation der von Rassismus, Hass und Gewalt betroffenen Menschen rückt in solchen Räumen besonders in den Fokus. Diese Menschen müssen sich sicher und wertgeschätzt fühlen können, ihnen gilt die gelebte christliche Nächstenliebe. Ihre Erfahrungen dürfen nicht durch einen Dialog mit Personen diskreditiert werden, die den Nährboden für Hass, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bereiten oder die zu diesen Aussagen applaudieren.

Da Sie menschenverachtenden Positionen und Ideologien kein Podium bieten wollen, überlegen Sie genau, welches Format für die von Ihnen angestrebten Ziele geeignet ist. Wenn Sie mehr als eine reine Informationsveranstaltung beabsichtigen, um einen Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen zu ermöglichen, dann sind öffentliche Veranstaltungen über ihre Kerngemeinde hinaus nicht ratsam. Solche Formate mit öffentlicher Ausstrahlung stehen immer in der Gefahr, von neurechten und rechtspopulistischen Akteur*innen für ihre Propaganda missbraucht zu werden. Sollte ein größeres öffentliches Veranstaltungsformat, welches über die Kerngemeinde hinausreicht, aus Ihrer Sicht dennoch angebracht sein, nehmen sie sich Zeit für eine gute Vorbereitung und holen Sie sich externe Beratung.

Sachlicher Austausch ist im gemeindebezogenen Kontext innerhalb Ihrer Kerngemeinde besser möglich. Hierzu bieten sich kleinere, gut moderierte Gesprächskreise ohne breitere Öffentlichkeit an, wie sie die alltägliche Gruppenarbeit in ihrer Pfarr- oder Kirchengemeinde in großer Vielfalt bieten: Hauskreise, Jugend-, Frauen-, Ehepaar- oder Älterenkreise, Pfarrgemeinde- bzw. Gemeindekirchenrat, offene Abende, Predigtgespräche, Kirchen- und Posaunenchor. Tragen Sie politische Themen in diese Runden oder greifen Sie sie auf, wo sie bereits latent und teilweise unterschwellig Raum gefunden haben. Hier kennen Sie sich untereinander und haben eine bestehende Vertrauensbasis.

a. Vorbereitung

Viele Dialogveranstaltungen finden statt, um ins Gespräch zu kommen. Das ist sicher lobenswert, stellt aber für sich alleine noch kein Sinn stiftendes Ziel dar. Die erste Frage, über die Sie sich gemeinsam Gedanken machen, sollte also sein: Welches Ziel verfolgen wir mit der Veranstaltung? Mögliche Ziele könnten beispielsweise sein, Wissen zu den Themen Flucht und Asyl, zu gesetzlichen Grundlagen, Fluchtursachen und der Lebenssituation geflüchteter Menschen zu vermitteln, Mitstreiter*innen für die Flüchtlingshilfe zu gewinnen, Verunsicherte anzusprechen und/oder Perspektiven für das Zusammenleben alteingesessener und zugewanderter Menschen im Ort zu entwickeln. Möglich ist natürlich auch, das Thema Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum selbst durch eine Veranstaltung zu adressieren. Durch ein solches Angebot können beispielsweise gemeinsam Wissen, Haltung und Handlungsstrategien erarbeitet werden.

Wenn Sie sich gemeinsam über das Ziel der Veranstaltung verständigen, werden Sie unweigerlich zu der Frage einer eigenen, an den Menschenrechten orientierten Haltung und den damit verbundenen Konsequenzen für Ihr Handeln kommen. Im Weiteren sollten Sie zu folgenden Fragen Verabredungen treffen:

- ▶ Was ist das Ziel der Veranstaltung?
- ▶ Wie lässt sich dieses Ziel erreichen? (Frage nach dem Format: Podiumsdiskussion mit Expert*innen oder mit Kandidat*innen, Lesung, Theaterstück, etc.)
- ▶ Wen wollen Sie erreichen (Zielgruppe/n)? Haben Sie die Perspektive Betroffener rassistischer und neonazistischer Gewalt im Blick?
- ▶ Welche Hintergrundinformationen benötigen Sie?
- ▶ Wer moderiert? Ist zusätzlich ein*e Expert*in sinnvoll, um auf eine mögliche Wortergreifung zu reagieren?
- ▶ Wer kann Sie unterstützen (Mitveranstalter*innen) und beraten?
- ▶ Klären Sie das Hausrecht. Denken Sie an ein Sicherheitskonzept (Informationen an die Polizei, Eingangsbereich, Ausschlussklausel). Klären Sie, wer die Erwartungen (Regeln für einen respektvollen Umgang und Diskussionsregeln etc.) zu Beginn der Veranstaltung kommuniziert.
- ▶ Soll die Veranstaltung dokumentiert werden? Wenn ja durch wen? (siehe Ausschlussklausel unten)

Bedenken Sie, dass nicht immer eine öffentliche Veranstaltung das richtige Format für Ihr Gesprächsanliegen sein muss. Manchmal sind die klassischen gemeindebezogenen Formate und ihre Gruppen besser geeignet, um unterschiedliche Meinungen einzubinden und auch Menschen zu erreichen, die in öffentlichen Veranstaltungen gehemmt sind. Es geht gerade darum, die Sprachlosigkeit zu überwinden, ein Verständnis für unterschiedliche Gesprächsformate, Orte und Rahmenbedingungen von Kommunikation zu entwickeln. Das kirchliche Grundgefühl »Wir reden mit jedem und schließen niemanden aus« bedeutet nicht, dass dieses Reden auf einem Podium stattfinden muss.

Seien Sie sich dessen bewusst, dass ein gelingender Dialog über die komplexen Problemlagen unserer Zeit und insbesondere die Themen Asyl, Migration, Flucht und deren Gründe voraussetzungsreich ist und Sachlichkeit, Kenntnisse und Langfristigkeit verlangt. Probleme, die über einen langen Zeitraum hinweg entstanden sind, können nicht über Nacht ausgeräumt und in nur einer oder einigen wenigen Veranstaltungen sinnvoll besprochen werden. Es hilft, darauf zu vertrauen, dass die praktische Gemeindegearbeit ein fortwährender Dialogprozess ist, und dafür zu sorgen, dass dafür viele Räume zur Verfügung stehen. Legen Sie besonderes Augenmerk auf den seelsorgerlichen Kontext in Einzelgesprächen (Tauf- und Traugespräche, Beichte, etc.). Ganz entscheidend ist es, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen einzubeziehen, zum Beispiel geflüchtete Menschen, andere

Migrant*innen, nichtrechte Jugendliche, Betroffene neonazistischer oder rassistischer Gewalt. Die Erfahrungen geflüchteter Menschen und anderer, die von Rassismus oder weiteren Formen menschenverachtender Diskriminierung betroffen sind, müssen in der öffentlichen Wahrnehmung Raum bekommen, um sichtbar und hörbar zu werden. Dazu ist es entscheidend, mit den betroffenen Personen selbst und mit Unterstützung von Beratungsstellen Formate zu entwickeln, die der Situation dieser Menschen Rechnung tragen und für sie weder zu unangenehmen noch zu verletzenden oder gar traumatischen Erlebnissen führen, indem sie zum Beispiel neuen verbalen oder körperlichen Angriffen ausgesetzt werden. Generell ist die Frage nach Dialogformen zu beantworten, in denen auf Augenhöhe diskutiert werden kann und der Austausch weitestgehend gewaltfrei bleibt.

Wenn Sie sich für ein Format entschieden haben, das aus ihrer Sicht zur Umsetzung der Ziele und zum Erreichen der Zielgruppe geeignet ist und ihren Möglichkeiten und Ressourcen am besten entspricht, erstellen sie ein Sicherheitskonzept. Oft haben Veranstalter*innen nicht im Blick, dass sie andere Menschen ausschließen, wenn sie Neonazis zulassen. Mit der Veröffentlichung der Ausschlussklausel (siehe Vorschlag unten) auf Flyern und Homepages kommunizieren Sie ihre Haltung dazu öffentlich und schützen sich und andere vor rassistischen Anfeindungen. Dies ist für die Durchsetzung des Hausrechtes bei öffentlichen Veranstaltungen empfehlenswert.

**RECHTS-
POPULISMUS
SCHADET
DER
SEELE.**

Vorschlag Textentwurf Ausschlussklausel:

Respektvoller Umgang bei Veranstaltungen

Der Veranstalter/Die Veranstalterin (oder konkret benennen) legt großen Wert darauf, dass seine/ihre Veranstaltungen in einer respektvollen Atmosphäre stattfinden können. Wir wünschen uns engagierte Auseinandersetzungen in der Sache, in denen mit Argumenten, aber ohne Polemik diskutiert wird. Als Veranstalter/Als Veranstalterin behalten wir es uns im Rahmen des Hausrechts vor, Personen den Zutritt zu unseren Veranstaltungen zu verweigern, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die einer Szene mit vergleichbar rechtsextremen Anschauungen zuzuordnen sind oder die bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder andere menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Personen die unsere Veranstaltungen mit entsprechenden Positionen stören, werden von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen. Film-, Foto- und Tonaufnahmen sind nur nach Rücksprache mit dem Veranstalter gestattet.

b. Durchführung

Eine gute Moderation und ein miteinander vertrautes Organisationsteam, das klare Regeln vereinbart hat, sind das A und O einer Veranstaltung. Je intimer die Gesprächssituationen sind, die sie in der Veranstaltung ermöglichen, umso intensiver und gleichzeitig sachlicher wird die Kleingruppendiskussion sein. Arbeiten Sie ruhig mit Thementischen von bis zu zehn Personen und sorgen Sie auch in diesen kleinen Runden für vorbereitete Moderation. Bewährt haben sich Gesprächsregeln an den Tischen, wie:

- ▶ Ich rufe nicht dazwischen.
- ▶ Ich lasse andere ausreden.
- ▶ Ich fasse mich kurz.
- ▶ Ich bleibe sachlich und respektvoll.
- ▶ Ich beleidige nicht.

Diese Regeln liegen für alle sichtbar aus und werden vor Gesprächsbeginn noch einmal eingebracht. Offene Fragen werden von der*dem Moderator*in notiert. Im Anschluss wird beraten, wie mit diesen umgegangen wird. In einer Folgeveranstaltung kann dann die Diskussion mit weiteren Argumenten und Fakten sachlich unterfüttert werden. Sie können beispielsweise Expert*innen einladen, Geflüchtete selbst an Thementischen und im Plenum zu Wort kommen lassen oder (kommunal-)politisch Verantwortliche befragen.

Denkbar ist auch die Kombination zwischen einem Fachvortrag mit Expert*innen und einer Diskussionsrunde zu den Themen des Referats. So wird ein Thema inhaltlich gerahmt und Fragen können durch Expert*innen beantwortet werden.

Wollen Sie sich intensiver – etwa in einer vertrauten Gruppe – mit politischen Themen beschäftigen, sind verschiedene Methoden vorstellbar, wie zum Beispiel die kreative Aneignungen und Umsetzungen biblischer Texte, sogenannte Bibliodramen, oder moderierte Planspiele. Dabei ist es jedoch stets empfehlenswert, auf ausgebildete Trainer*innen zurückzugreifen und die Gruppengröße zu beschränken.

Fallbeispiel

Unter dem Motto »Miteinander reden« lud eine Kirchgemeinde zu einer Dialogveranstaltung ein. Fünfzig Teilnehmende (TN) aus der Kerngemeinde und darüber hinaus eine Bandbreite von in Willkommensbündnissen engagierten Personen bis hin zu Unterstützer*innen von Pegida-Positionen nahmen an dieser Veranstaltung teil. Der große Zuspruch war auch ein Hinweis auf die Brisanz des Themas.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung wurden die TN gebeten, sich in Zweiergesprächen einen ihnen völlig unbekannten Gesprächspartner zu suchen. In diesen Kleinstdialogen

sollten sich die Teilnehmenden mitteilen, was sie sich bezüglich des Themas und des Abends wünschen. Jede*r TN hatte fünf Minuten Zeit, die eigenen Bedürfnisse zu äußern. Anschließend ging es in größere Gruppen. An moderierten Thementischen mit bis zu acht TN wurde die Frage diskutiert:

»Mein Freund geht (nicht) zu Pegida. Können wir noch Freunde sein?«

- ▶ Wo begegnet mir das Thema? Wie erlebe ich das?
- ▶ Was wünsche ich mir für das Zusammenleben in meinem Umfeld?

Die Moderation wurde aus dem Vorbereitungsteam gestellt und achtete auf die Einhaltung der Gesprächsregeln und die gleichmäßige Verteilung der Redebeiträge. Sie war außerdem dafür verantwortlich, Erkenntnisse oder Thesen zusammenzutragen, die anschließend im gesamten Plenum vorgestellt und weiter diskutiert wurden. Versuche, in den Gruppengesprächen die Agenda zu ändern oder Scheindiskussionen zu beginnen, konnten angesichts der Gruppengröße durch die Moderation sehr gut bearbeitet werden.

In der Plenumsdiskussion wurden Wünsche an politisch Verantwortliche und nach besserer Information geäußert. Auch Wünsche nach einer gemeinsamen Gesprächskultur und Bekundungen des Interesses füreinander waren Ergebnisse des Abends. Das Organisationsteam schätzte ein: »Die gewählte Struktur hat Transparenz und Vertrauen geschaffen und den Dialog gefördert. Das Konzept ist aufgegangen, ... ein Folgetermin steht fest.«

Das beschriebene Beispiel zeigt ein mögliches Veranstaltungsformat mit vielen kleineren Dialogelementen. Wichtig ist eine gute Moderation an jedem Tisch, die ermöglicht, miteinander ins Gespräch zu kommen. Einzelpositionen können am Tisch besprochen werden. Wortergreifungsstrategien bleiben auf den kleinen Rahmen des Tisches beschränkt und können nicht einen Großteil des Publikums erreichen. Dies ist insbesondere bei menschenfeindlichen Inhalten wichtig. Die Moderation kann hier direkt am Tisch einschreiten.

c. Wie weiter? – Folgeveranstaltungen

Die von Ihnen geplante und durchgeführte Veranstaltung sollte mit den aktiv Beteiligten gut ausgewertet werden. Haben Sie Ihre Zielstellung und die Zielgruppe(n) erreicht? Wie schätzen Sie die Atmosphäre ein? Wurde die Perspektive Betroffener berücksichtigt? Sollten Sie in Auswertung dieser Veranstaltung auch

weiterhin nach außen treten wollen, sei es durch Veranstaltungen oder öffentliche Positionierungen zu Dialogforen oder anlässlich rassistischer Mobilisierungen, dann ist es spätestens jetzt notwendig, dies mit einem Konzept zu tun. Für die Erarbeitung können folgende Leitfragen eine Hilfestellung sein:

- ▶ Wie wird die eigene (menschenrechtsorientierte) (christliche) Position/Haltung definiert?
- ▶ Was heißt das für das eigene Handeln?
- ▶ Was heißt das für die Arbeit innerhalb der Gemeinde?
- ▶ Was heißt das für öffentliche Veranstaltungen?
- ▶ Was heißt das für die Rolle von Kirche im Gemeinwesen?
- ▶ Welchen Themen wollen Sie sich langfristig widmen?

Bei all den Überlegungen sollten Sie Ihre Zielsetzung und die Perspektiven geflüchteter Menschen und Betroffener neonazistischer Gewalt im Blick behalten. Dabei geht es nicht um »Heilung« der Gesellschaft, sondern um die Entwicklung von Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben im Ort.

Dafür ist ratsam, nicht nur eine einzelne Veranstaltung durchzuführen, sondern weitere Möglichkeiten für den Austausch in der Gemeinde anzubieten. Die Gemeinde aus dem obigen Fallbeispiel bot bspw. ein weiteres Format zum Thema »Nachdenken über Heimat« an – erneut unter dem Motto »Miteinander reden«.

3. Herausforderungen der kirchlichen Wohlfahrtsverbände – Ehren- und Hauptamtliche in Diakonie und Caritas

Auch in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden leiten das christliche Menschenbild und die Überzeugung der Nächstenliebe das gemeinsame Arbeiten und die Zielsetzung der Verbände. Menschen, die ehren- und hauptamtlich mit Geflüchteten und von Rassismus betroffenen Menschen zusammenarbeiten, sehen sich jedoch immer mehr vor der Herausforderung, Anfeindungen von Außen wie auch rassistischen und menschenfeindlichen Aussagen aus dem Kolleg*innenkreis zu begegnen. So werden Gespräche im Kolleg*innen- oder auch Freundeskreis abgebrochen, wenn jemand die eigene humanistische, menschenrechtsorientierte Position vertritt. Menschen, die mit ihrer Position klar nach außen erkennbar sind (z. B. durch das Tragen des T-Shirts des Migrationsteams oder das Fahren des Flüchtlingsbusses der Caritas), erleben Anfeindungen und erfahren, dass rechtspopulistische und antidemokratische Positionen in verschiedenen Kontexten immer selbstbewusster vorgetragen werden.

Hier ist es wichtig zu verstehen, dass Sie sich als Mitglied kirchlicher Wohlfahrtsverbände nicht ausschließlich allein und als Privatperson gegen menschenverachtende Einstellungen positionieren müssen, sondern eine Institution im Rücken haben, die klar Haltung in diesen Fragen zeigt oder zeigen sollte. Gibt es institutionelle Leitlinien oder antirassistische und antidiskriminierende Hausregeln oder Arbeitshilfen? Wofür stehen Diakonie und die Caritas ein? Auf der Internetseite der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) finden Sie eine Reihe von Handreichungen, Positionspapieren, Handlungsempfehlungen und Fortbildungsangebote für Fachkräfte der entsprechenden Verbände.

LITERATUREMPFEHLUNGEN & EMPFEHLUNGEN FÜR BERATUNG UND BEGLEITUNG →

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Literaturempfehlungen dieser Broschüre finden Sie auf unserer Internetseite:
bagkr.de/online-bibliothek/literaturempfehlungen-impulse

EMPFEHLUNGEN FÜR BERATUNG UND BEGLEITUNG

Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Bundesgeschäftsstelle:

Bautzner Straße 45 | 01099 Dresden

Tel.: 0351 500 54 16

kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

www.bundesverband-mobile-beratung.de

Beratungsstellen vor Ort:

Wen Sie in den einzelnen Bundesländern/Regierungsbezirken, Regionen direkt für Beratung vor Ort ansprechen können, ist der Website des Bundesverbandes zu entnehmen:
www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/

Neben der Geschäftsstelle in Dresden sind in drei Regionalbüros hauptamtliche Mitarbeiter*innen ansprechbar und mit unterschiedlichen Schwerpunkten befasst:

Regionalbüro Berlin

Bianca Klose und Jennifer Pross

Gleimstraße 31 | 10437 Berlin

Tel.: 030 817 98 58-22

pross@bundesverband-mobile-beratung.de

Regionalbüro Halle/Saale

Anne Mehrer

Landsberger Straße 1

06112 Halle (Saale)

Tel.: 0345 226 70 99

[Mail: mehrer@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:mehrer@bundesverband-mobile-beratung.de)

Regionalbüro Münster

Heiko Klare

Kaiser-Wilhelm-Ring 28 | 48145 Münster

Tel.: 0251 492 71 09

[Mail: klare@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:klare@bundesverband-mobile-beratung.de)

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Bundesgeschäftsstelle:
Schlesische Straße 20 | 10997 Berlin
Tel.: 030 33 85 97 77
info@verband-brg.de
www.verband-brg.de

REGIONALE BERATUNGSSTELLEN

Kontakt Baden-Württemberg:

LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Reinsburgstraße 82 | 70178 Stuttgart
Tel.: 0711 888 999 33
Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Kontakte Bayern:

B.U.D. – Beratung, Unterstützung, Dokumentation.

Postfach 44 01 53 | 90206 Nürnberg
Tel.: 0151 21 65 31 87
Mail: info@bud-bayern.de
www.bud-bayern.de

BEFORE – Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt

Mathildenstraße 3C | 80336 München
Tel.: 089 46 22 46 70
Mail: kontakt@before-muenchen.de
www.before-muenchen.de

Kontakte Berlin:

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Beusselstraße 35, Hinterhaus | 10553 Berlin
Tel.: 030 69 56 83 39
Mail: info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechter Gewalt

Beusselstraße 35, Hinterhaus | 10553 Berlin
10553 Berlin
Tel.: 030 92 21 82 41
Mail: info@opra-gewalt.de
www.opra-gewalt.de

Kontakt Brandenburg:**Opferperspektive e. V.**

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam

Tel.: 0331 817 00 00

Mail: info@opferperspektive.de

www.opferperspektive.de

Kontakt Bremen/Bremerhaven:**soliport – Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen**

Am Deich 60 | 28199 Bremen

Tel.: 0421 17 83 12 12

Mail: info@soliport.de

www.soliport.de

Kontakt Hamburg:**Empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**

c/o Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V.

Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Tel.: 040 28 40 16 67

Mail: empower@hamburg.arbeitundleben.de

www.hamburg.arbeitundleben.de/empower

Kontakte Hessen:**response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt**

(c/o Bildungsstätte Anne Frank)

Büro Frankfurt

Hansaallee 150 | 60320 Frankfurt am Main

Tel.: 069 56 000 241

Mail: kontakt@response-hessen.de

www.response-hessen.de

Büro Kassel

Kleine Rosenstraße 3

34117 Kassel

Tel.: 0561 – 72 98 97 00

Mail: kassel@response-hessen.de

Webseite: www.response-hessen.de

Kontakte Mecklenburg-Vorpommern:

LOBBI – Landesweite Opferberatung Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Regionalbüro Ost
Tilly-Schanzen-Straße 2 | 17034 Neubrandenburg
Tel.: 0395 45 50 71 8
Mail: ost@lobbi-mv.de
www.lobbi-mv.de

Regionalbüro West
Hermannstraße 35 | 18055 Rostock
Tel.: 0381 20 09 37 7
Mail: west@lobbi-mv.de
www.lobbi-mv.de

Kontakt Niedersachsen:

Name it! Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

(c/o Exil – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e. V.)
Krahnstraße 11 | 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 38 06 99 0
Mail: info@betroffenenberatung.de
www.exilverein.de/beratung/name-it

Kontakt NRW:

Opferberatung Rheinland

(c/o IDA-NRW)
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 15 92 55 64
Mail: info@opferberatung-rheinland.de
Webseite: www.opferberatung-rheinland.de

Kontakt Rheinland-Pfalz:

m*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz

Tel.: 0151 10 59 47 99
Mail: kontakt@mpower-rlp.de
www.mpower-rlp.de/

Kontakte Sachsen:

Support für Betroffene rechter Gewalt

Beratungsstelle Chemnitz
RAA Sachsen e. V. – Opferberatung
Henriettenstraße 5 | 09112 Chemnitz
Tel.: 0371 48 19 45 1
Mobil: 0172 97 43 67 4
Mail: opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Beratungsstelle Dresden
 RAA Sachsen e. V. – Opferberatung
 Bautzner Straße 45 | 01099 Dresden
 Tel.: 0351 88 94 174
 Mobil: 0172 97 41 268
 Mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig
 RAA Sachsen e. V. – Opferberatung
 Kochstraße 14 | 04275 Leipzig
 Tel. 0341 22 54 957
 Mobil: 0178 51 62 937
 Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Kontakt Sachsen-Anhalt:

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt des Miteinander e. V.

Anlaufstelle Nord
 Chüdenstraße 4 | 29410 Salzwedel
 Tel.: 03901 30 64 31
 Mail: opferberatung.nord@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de
 Online-Beratung:
mobile-opferberatung.beranet.info/startseite.html

Anlaufstelle Mitte
 c/o Miteinander e.V.
 Erich-Weinert-Straße 30 | 39104 Magdeburg
 Tel.: 0391 62 07 75 2
 Mail: opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de
 Online-Beratung:
mobile-opferberatung.beranet.info/startseite.html

Anlaufstelle Süd
 Landsberger Straße 1 | 06112 Halle
 Tel.: 0345 22 67 100
 Mail: opferberatung.sued@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de
 Online-Beratung:
mobile-opferberatung.beranet.info/startseite.html

Kontakt Schleswig-Holstein:

zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e. V.

Kleiner Kuhberg 2–6 | 24103 Kiel
 Tel.: 0431 30 14 03 79
 Mail: info@zebraev.de
www.zebraev.de

Kontakt Thüringen:

ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 96/98 | 99084 Erfurt

Tel.: 0361 21 86 51 33

Mail: info@ezra.de

www.ezra.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstiegberatung

»Ausstieg zum Einstieg«

Bundesgeschäftsstelle:

Carl-Zeiss-Platz 3 | 07749 Jena

Tel: 03641 26 74 130

Mobil: 0176 35 65 85 12

Mail: info@bag-ausstieg.de

www.bag-ausstieg.de

Wenn Sie direkt für Beratung vor Ort ansprechen können, ist der Website des Bundesverbandes zu entnehmen:

www.bag-ausstieg.de/mitglieder

Weitere Einrichtungen für Beratung und Begleitung:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus

(c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.)

Auguststraße 80 | 10117 Berlin

Tel: 030 283 95 178

Mail: info@bagkr.de

www.bagkr.de

Die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft und damit potentielle Ansprechpartner*innen vor Ort finden Sie auf der Website: bagkr.de/ueber-uns/organisation/

Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Diözesanverband Mainz, Referat Politische Bildung

Am Fort Gonsenheim 54 | 55122 Mainz

Tel.: 06131 253 614

Mail: andreas.belz@bistum-mainz.de

www.bdkj-mainz.de

Projekt »Kirche stärkt Demokratie«

(c/o Ev.-Luth. Landeskirche Norddeutschlands)

Bischofstraße 4 | 19055 Schwerin

Tel.: 0385 590 38-114

Mail: karl-georg.ohse@teo.nordkirche.de

www.kirche-demokratie.de

Projektstelle gegen Rechtsextremismus

(c/o Evang. Bildungs- und Tagungszentrum
Bad Alexandersbad
Markgrafenstraße 34 | 95680 Bad Alexandersbad
Tel.: 09232 9939-23
Mail: becher@ebz-alexandersbad.de
www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Demokratie stärken!

(c/o Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung der
evangelischen Kirche Hessen und Nassau)
Albert-Schweitzer-Straße 113–115 | 55128 Mainz
Tel.: 06131 287 44 60
Mail: m.bloeser@zgv.info
www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html

Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken

(c/o katholische Erwachsenenbildung im
Land Sachsen-Anhalt e. V.)
Max-Josef-Metzger-Straße 3 | 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 56 28 277
Mail: brandes@keb-sachsen-anhalt.de
keb-sachsen-anhalt.de/kebprojekte/kirche-fuer-demokratie-
verantwortung-uebernehmen-teilhabe-staerken/kontakt-3/

Kompetent und Engagiert! Gegen Rechtspopulismus – für eine plurale Demokratie

(c/o Diakonie Deutschland)
Caroline-Michaelis-Straße 1 | 10115 Berlin
Tel.: 030 652 11 18 67
Mail: christina.wuestefeld@diakonie.de
www.diakonie.de/journal/demokratie-gewinnt

Demokratie gewinnt! In Brandenburg!

(c/o Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz)
Paulsenstraße 55/56 | 12163 Berlin
Tel.: 030 820 97-0
Mail: Heissenberger.S@dwbo.de
www.diakonie-portal.de/projekte/demokratie-gewinnt-
brandenburg

Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!

Merseburger Straße 44 | 06110 Halle
Tel.: 0345 1 22 99-157
Mail: linde@diakonie-ekm.de
www.diakonie-mitteldeutschland.de/projekte_demokratie_
gewinnt_in_sachsen-anhalt_und_thueringen_de.html

Demokratie gewinnt! In Sachsen!

Obere Bergstraße 1 | 01445 Radebeul

Tel.: 0351 83 15 241

Mobil: 0176 15 83 15 50

Mail: annalena.schmidt@diakonie-sachsen.de

www.diakonie-sachsen.de/projekte_demokratie_gewinnt_de.html

FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration und Teilhabe

(c/o Diakonie Hessen)

Ederstraße 12 | 60486 Frankfurt/Main

Tel.: 069 79 47 64 21

Mail: Philipp.Funke@diakonie-hessen.de

www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/projekte/143808/diakonie-hessen

Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde der katholischen Kirche Bayern

(c/o Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus)

Königstraße 64 | 90402 Nürnberg

Tel.: 0911 23 46 0

Mail: akademie@cph-nuernberg.de

www.kdm-bayern.de

Regionalzentren für demokratische Kultur der Evangelischen Akademie der Nordkirche

(c/o Evangelische Akademie der Nordkirche)

Am Ziegenmarkt 4 | 18055 Rostock

Tel.: 0381 2 52 24 30

Mail: rostock@akademie.nordkirche.de

www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren/

Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung

(c/o Stiftung SPI)

Samariterstraße 19–20 | 10247 Berlin

Tel.: 030 41 72 56 28

Mail: mbtberlin@stiftung-spi.de

www.mbt-berlin.de

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex)

Das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter, bündelt Wissen und Erfahrung und qualifiziert und vernetzt Projektpartner*innen. Zu dem seit Januar 2020 bestehenden Netzwerk gehören die Organisationen Amadeu Antonio Stiftung, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus (BAG K+R), Cultures Interactive e. V., Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V., und die Lidice Haus Jugendbildungsstätte. Der Zusammenschluss wird durch das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert.

Kontakt:

Novalisstraße 12 | 10115 Berlin
Tel.: 030 24 08 86 10
Mail: gesine.arena@amadeu-antonio-stiftung.de
www.komprex.de

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12 | 10115 Berlin
Tel.: 030 24 08 86 10
Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.

Franz-Mehring-Platz 1 | 10243 Berlin
Tel.: 030 30 30 80 80
Mail: kontakt@gesichtzeigen.de
www.gesichtzeigen.de

LidiceHaus

Weg zum Krähenberg 33 a | 28201 Bremen
Tel.: 0421 69 27 2-0
Mail: lidice@lidicehaus.de
www.lidicehaus.de

cultures interactive e. V. – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention

Mainzer Straße 11 | 12053 Berlin
Tel.: 030 60 40 19 50
Mail: info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

